

**Wirtschaft in der Krise**  
*Ein historischer Rückblick*

Vortrag beim Tischtreffen von Old Table 46 Karlsruhe am 8. Januar 2009  
von Klaus Oesterle

*Wer nicht von dreitausend Jahren  
Sich weiß Rechenschaft zu geben,  
Bleib im Dunkel unerfahren.  
Mag von Tag zu Tage leben.*

*J.W. Goethe*

**I**  
**Grundbegriffe**

Wohlstand und Kultur der Menschheit beruhen auf dem Prinzip der Arbeitsteilung. Aus der Arbeitsteilung ergeben sich Tauschbeziehungen. Mit Hilfe dieser Beziehungen erwirbt der Mensch die Deckung seines Bedarfs. Wer nichts zu tauschen hat, ist auf die ethisch positive Einstellung der anderen, die Fürsorge und Barmherzigkeit, angewiesen. Die dritte Möglichkeit, sich den Unterhalt zu erwerben, ist der ethisch negative Weg von Raub und Betrug. Das zeigen aktuell die Piraten am Horn von Afrika, denen man vorher die Fischgründe verdorben und damit die Möglichkeit des Warenaustauschs genommen hat.

Bei den Tauschvorgängen der arbeitsteiligen Wirtschaft wird der Tauschwert von Leistung und Gegenleistung normalerweise durch den Markt nach Angebot und Nachfrage ermittelt. Dies setzt ein Mindestmaß von Vertrauen der Marktteilnehmer untereinander voraus. Aus den Schwankungen von Angebot und Nachfrage resultiert das Auf und Ab der Wirtschaftslagen oder Konjunkturen.

Der Begriff Konjunktur stammt aus der Philosophie. Die Stoiker sprachen vom „Zusammenhang aller Dinge“ – „coniunctio rerum omnium“. In dem Zeitwort „iungere“ – „verbinden“ steckt das Hauptwort „iugum“ – „das Joch“, das die Zugochsen verbindet. Zu der Wortfamilie gehören auch „coniuges“, die Ehegatten. Schon zwei verbundene Partner gehen nicht immer im Gleichschritt; erst recht nicht die Vielzahl von Menschen, Völkern und Kulturen, die im Wirtschaftsprozess verbunden sind. Die Schwankungen werden durch viele Faktoren beeinflusst: vom Klima über psychische Prozesse, neue Ideen bis hin zur Politik. An Ursachentheorien herrscht kein Mangel; man hat schon vor einem halben Jahrhundert über 200 Varianten gezählt. Inzwischen hat sich auch die mathematische Chaosforschung des Themas angenommen. Eindeutige Ergebnisse gibt es nicht.

Schon Joseph von Ägypten hat laut dem Bericht der hebräischen Bibel in der Mitte des zweiten vorchristlichen Jahrtausends versucht, das Auf und Ab der Wirtschaftskonjunktur zu dämpfen und eine Nahrungskrise zu vermeiden. Er deutete den Traum des Pharao von den sieben fetten Kühen und den sieben mageren, welche die fetten auffressen, als Konjunkturprognose. Sofort leitete er eine anti-zyklische Fiskalpolitik ein. Er veranlasste den staatlichen Aufkauf von Getreide in guten Jahren und dessen Abgabe in schlechten Jahren. Dadurch wurden einerseits der Preisverfall und andererseits eine Mangellage samt Teuerung verhindert. Nebenbei wurden allerdings die freien Bauern in die Abhängigkeit vom Pharao gezwungen. Das Verhältnis von Staat und Wirtschaft wird in einer Krise bis auf den heutigen Tag immer wieder zum Thema.

Die Ägypter hatten zur Zeit des Joseph schon eine lange Erfahrung mit ökonomischen Turbulenzen. Das älteste Zeugnis zu diesem Thema findet sich in einem Papyrus aus Memphis um das Jahr 3000 v. Chr.: „Spärlich ist das Gold. Der Handwerker ist ohne Arbeit. Wer gesät hat, bekommt nichts für seine Ernte. Das Land ist erschöpft.“ Dies ist nichts anderes als die Beschreibung einer schweren Wirtschaftskrise.

Der Begriff Krise stammt aus dem Griechischen. Die Grundbedeutung von Κρισις ist „Entscheidung“. Das Wort kommt in den medizinischen Schriften des Hippokrates im 5. Jahrhundert v. Chr. vor. Es bezeichnet den Wendepunkt im Verlauf einer Krankheit, an dem sich das Schicksal des Patienten entscheidet.

Konjunktur im Sinne des Zusammenhangs aller Faktoren, die den Kreislauf der Ökonomie antreiben, findet immer statt. Dabei ist das Schwanken zwischen Aufschwung und Abschwung normal. Heute herrscht eine wirtschaftspolitische Rhetorik vor, die jene Kurve auf eine Gerade mit Neigung nach oben montiert und damit das Heilsversprechen eines ständigen Wachstums verbindet. Dieses Streben nach unendlicher Steigerung der Prosperität kann selbst zu jenen Ausnahmeerscheinungen beitragen, die man Krisen nennt. Verstärkt wird dadurch vor allem der Hang zur Verschuldung und die Gefahr der Inflation. Sie ermöglicht es dann dem Schuldner, seinen Kredit mit schlechterem Geld zu tilgen. Auch die gigantischen Staatsschulden unserer Zeit werden nur bezahlbar durch ihre Abwertung mit Hilfe der Inflation.

Der Satz vom verfluchten Hunger nach Geld wurde schon im Altertum zum geflügelten Wort. Er stammt aus einer Gewaltszene in der Aeneis des Vergil: „Wozu zwingst du nicht die Gemüter der Sterblichen, verfluchter Hunger nach Gold“. „Quid non mortalia pectora cogis/ auri sacra fames“ (III, 56/57). Das Wort „sacra“ bedeutet allerdings nicht nur „verflucht“, sondern auch „heilig“. Der Segen neben dem Fluch der Geldgier ist der ökonomische Fortschritt, der zum Teil auch einen zivilisatorischen Fortschritt mit sich bringt. In kultureller Hinsicht funktioniert der Fortschrittsgedanke nicht so eindeutig.

## II

### Von der Antike bis zum Frühkapitalismus

Zu Lebzeiten des Vergil um die Zeitenwende kam es im alten Rom zu einer Krise durch Vernachlässigung der Landwirtschaft infolge der Rekrutierung von Bauern als Soldaten und durch übertriebene Rüstungsproduktion mit nachfolgender Arbeitslosigkeit. Die Not der Massen wurde damals durch staatliche Verteilung von Brotgetreide gelindert. Das Imperium konnte durch seine Macht und eine ausgeprägte Infrastruktur solchen Problemen beikommen. Das Amt der Getreideversorgung war ein begehrter Posten für aufstrebende Politiker.

Im europäischen Mittelalter waren die Menschen wirtschaftlichen Notlagen, die durch Missernten und Seuchen hervorgerufen wurden, viel stärker ausgesetzt als in der Antike. In der Zeit um 1100 zum Beispiel führte Hungersnot in weiten Teilen Europas zu einer starken Entwurzelung und Mobilisierbarkeit von Menschen. Viele nahmen die Herausforderung an, indem sie in Gruppen von Männern und Frauen als „Arme Christi – Pauperes Christi“ durchs Land zogen. Sie siedelten sich dann irgendwo an und lebten in klosterähnlichen Gemeinschaften, die sich selbst versorgten. Aus solchen Gruppen bildeten sich auch Organisationen der Fürsorge für die noch Ärmeren.

Auch die Rekrutierung der Heere für den ersten Kreuzzug 1096 wurde durch den materiellen Mangel stark gefördert. Man unternahm die gefährliche Reise nicht nur aufgrund religiös-politischer Parolen, sondern auch in der Hoffnung auf ein besseres irdisches Leben in der Fremde und eine Rückkehr mit reicher Beute. Die räuberische Verfolgung von Judengemeinden am Rhein beim Aufbruch der Heere nach Osten ist eine damit zusammenhängende Erscheinung. Sie wurde von der christlichen Geschichtsschreibung jener Zeit nur knapp erwähnt. Ausführliche Berichte finden sich in hebräischen Chroniken.

In der Zeit der Renaissance entwickelte sich, ausgehend von Italien, das neuzeitliche Kreditwesen. Damit wurde die Grundlage für eine kapitalistische Wirtschaftsweise geschaffen. Durch ein Netz von Banken wurde nicht nur der Zahlungsverkehr erleichtert, sondern auch das Aufnehmen von Fremdkapital für wirtschaftliche Aktivitäten gefördert. Die Zusammenlegung von Kapitalien in Handelsfirmen führte zu einer gewaltigen Ausweitung von Produktion und Handel.

Mit diesen neuen Methoden wurde auch eine neue Art von Wirtschaftskrise möglich oder wieder möglich: die Spekulationskrise. Aus dem Altertum gibt es vereinzelt Nachrichten über spekulativ angelegtes Kapital. So soll Seneca um das Jahr 60 zehn Millionen Sesterzen plötzlich aus Britannien abgezogen und damit eine Krise provoziert haben. Er hatte Angst um sein Geld.

Die berühmtesten Krisen der frühen Neuzeit sind: die Tulpomanie in Holland (1634-1639), das Mississippi-Experiment von John Law in Paris um 1720 und in derselben Zeit die „South-Sea-Bubbles“ in England. Jeder, der Geld hatte, sah sich veranlasst, in scheinbar lukrative Unternehmungen zu investieren. Es gab immer neue Geschäftsideen bis hin zu einer Gesellschaft für die Ausbeutung dessen, was demnächst bekannt gegeben wird. Auch sie konnte Einzahlungen verbuchen. Auf die maßlose Gier nach Gewinnen folgte dann die durchaus begründete Angst vor Verlusten. Dem Aufschwung folgte der Absturz.

Auch die moderne Industrialisierung Englands im Zeichen von Dampfmaschine, Bergbau und Kolonialismus im 18. Jahrhundert war von periodischen Turbulenzen begleitet. Diese hingen sowohl mit dem technischen Fortschritt als auch mit der Außenpolitik zusammen. Dazu gehört die Kontinental-sperre durch Napoleon. Sie stellt einen Höhepunkt der Handelskriege in Europa seit der frühen Neuzeit dar.

In Deutschland begann die eigentliche Industriekonjunktur erst in der Mitte des 19. Jahrhunderts mit dem Eisenbahnbau. Davor gab es eine Frühindustrialisierung mit Textil-, Leder-, Papier-, Schmuck und Tabak-Manufakturen. Am wichtigsten war zu dieser Zeit immer noch die Landwirtschaft. Infolge des starken Anstiegs der Bevölkerungszahlen und von Missernten zeigten wirtschaftliche Krisen in den 40er Jahren des 19. Jahrhunderts noch das Bild der Hungerkrise alten Typs. Eine ihrer Folgen war die starke Auswanderung nach Amerika.

### III Das Industriesystem bis 1929

Im Großherzogtum Baden entstand schon zu Beginn des modernen Industriesystems in der Jahrhundertmitte eine viel diskutierte Wirtschaftskrise, die als „Drei-Fabriken-Streit“ in die Annalen eingegangen ist. Das Bankhaus „Haber“ in Karlsruhe musste nach dem Konkurs mehrerer Frankfurter Privatbanken 1847 seine Zahlungen einstellen. Dadurch standen die drei wichtigsten Unternehmen der Region ebenfalls vor dem Aus, weil deren Finanzierung auf jenes Bankhaus abgestellt war. Es handelte sich um die Zuckerfabrik in Waghäusel, die „Keßlersche Maschinenfabrik“ am alten Bahnhof in Karlsruhe und die Textilfabrik im Albtal bei Ettlingen. Tausende von Arbeitsplätzen standen auf dem Spiel.

Die Frage nach staatlichen Finanzhilfen und Bürgschaften wurde in den Landständen und in der Öffentlichkeit heiß diskutiert. Ein staatliches Eingreifen stand im Widerspruch zu den Überzeugungen der Liberalen, die in der Zweiten Kammer stark vertreten waren. Sozialistische Politiker wie Struve und Hecker lehnten eine Kredithilfe für die Firmen ebenfalls ab. Sie unterstützten eine Eingabe von 63 Arbeitern, die eine Hilfe für die Fabrikanten ablehnten und direkte Unterstützung für die Belegschaften durch den Staat forderten. Eine anders lautende Petition reichten 800 Arbeiter der „Keßlerschen Maschinenfabrik“ ein. Sie forderten staatliche Kredite für die Firmen.

So wurde es am Ende vom Landtag beschlossen. Alle drei Unternehmen haben danach noch weit über hundert Jahre erfolgreich gearbeitet. Die Textilindustrie der Spinnerei und Weberei Ettlingen besteht als Teil der Firma „Trigema“ heute noch.

Die Reichsgründung 1871, verbunden mit einer Kapitalspritze in Gestalt der französischen Kriegsschädigung, hat die Wirtschaftskonjunktur in Deutschland verstärkt, besonders die Eisen- und Stahlindustrie. Die „Gründerzeit“ war eine Phase der Hochkonjunktur, aber nicht ohne krisenhafte Erscheinungen. 1874 kam es zum „Gründerkrach“, einer Börsen-, Montan- und Eisenbahnkrise.

Im ganzen aber waren die Zeiten bis 1914 in allen Industriestaaten durch eine prosperierende Wirtschaft geprägt. Davon legen die aufwendigen Bauten aus der Epoche des Jugendstils heute noch Zeugnis ab. Auf der Grundlage einer international geltenden Goldwährung gab es Freizügigkeit für Menschen, Güter und Kapitalien.

Diese Situation wurde durch den Ausbruch des Ersten Weltkriegs schlagartig beendet. Der internationale Handel kam weitgehend zum Erliegen. Der Staat übernahm in den kriegführenden Ländern das Kommando über die Wirtschaft. Der Krieg war nicht nur eine Auseinandersetzung von Regierungen, Völkern und Armeen, sondern von Volkswirtschaften. Dabei spielte die Stahl- und Eisenindustrie eine Schlüsselrolle. Es kam darauf an, wer mehr und bessere Waffen produzierte. In den Materialschlachten wurden dann die Menschen verheizt. Die aus der Kriegsproduktion folgenden Binnenkonjunkturen führten zu Preissteigerungen für zivile Güter und damit zur Inflation.

In den 20er Jahren mussten einige europäische Staaten ihre Währung auf neue Grundlagen stellen. Deutschland war als Verliererstaat mit der Verpflichtung zu Reparationen besonders stark betroffen. Das deutsche Geld hatte, gemessen an der Goldmark von 1913 im Jahre 1918 die Hälfte seines Wertes eingebüßt, 1922 besaß es nur noch ein Hundertstel dieses Wertes. Im Zusammenhang mit dem Ruhrkampf kam es dann 1923 zum völligen Zusammenbruch der deutschen Währung. Im Januar

1923 kostete ein Dollar 18000 Reichsmark, im Oktober waren es 40 Milliarden Mark. Sämtliche Geldvermögen waren entwertet.

Der Wiederaufstieg aus dieser von der Politik verursachten Krise gelang überraschend schnell. Nach Einführung der Rentenmark fand die deutsche Wirtschaft Anschluss an den weltweiten Aufschwung. Die Verbesserung der internationalen Beziehungen in der Mitte der 20er Jahre, z. B. durch den Vertrag von Locarno, begünstigte die Entfaltung des Welthandels unter Einschluss der deutschen Volkswirtschaft. Die Produktionskraft der Industrie in den USA entfaltete sich mit einem gewaltigen Ausstoß von Autos, Kühlschränken, Radiogeräten für die privaten Haushalte und von Maschinen für Industrie und Landwirtschaft. Der Markt sog diese teilweise neuartigen Produkte gierig auf; an der Börse stiegen die Kurse. Viele glaubten an die ewige „prosperity“.

#### IV

#### Von der Weltwirtschaftskrise zum Wirtschaftswunder

Den Zeitpunkt der Sättigung und des Umschwungs konnte und wollte niemand voraussagen. Er war an der Börse von New York am Donnerstag, dem 24. Oktober 1929, plötzlich erreicht. Der Absturz der Kurse setzte sich dann am Freitag, dem 25. Oktober, fort, der als „Schwarzer Freitag“ in die Geschichte eingegangen ist. Da viele Anleger ihr Depot mit Krediten erworben hatten, wollten sie sich rasch von dem wachsenden Risiko befreien und verkauften wie wild. Am Dienstag, dem 29. Oktober wurden in New York 16,5 Millionen Stück Aktien veräußert. Der Börsenindex sank zunächst nur mäßig von 185 auf 154 Punkte und sackte dann bis im März 1933 auf 43 Punkte ab. Die Produktion der Industrie wurde durch Verkürzung der Arbeitswoche von sieben auf fünf und dann auf drei Tage gedrosselt. Es kam zu einer rasch steigenden Anzahl von Bankpleiten.

Inwieweit die deutschen Reparationszahlungen zur Ausweitung der Spekulation und damit zur nachfolgenden Krise beigetragen haben, ist nicht geklärt. Die deutschen Zahlungen an Frankreich und England wurden von diesen Ländern für die Rückzahlung ihrer Kriegsschulden an die USA benutzt und haben so zur Ausweitung des Kreditvolumens in den USA beigetragen. Das Transferproblem der deutschen Reparationen kam dazu. Die für die Zahlungen erforderlichen Devisen wurden erwirtschaftet durch den deutschen Export und durch die Aufnahme von Krediten im Ausland seitens der deutschen Industrie. Ein Großteil dieser Kredite wurde dann in der Krise gekündigt.

Die amerikanische Krise wirkte sich auf die meisten Volkswirtschaften der Welt verheerend aus. Einerseits verminderte sich der Export in den Markt der USA und andererseits versiegte der Strom amerikanischer Auslandsanleihen. Von daher kam es sowohl zu einem Rückgang der Güternachfrage als auch zu Schwierigkeiten bei der Finanzierung. Die wichtigste und schlimmste Folge war eine progressive Arbeitslosigkeit. Da Arbeitslose zu einer Einschränkung ihrer Güternachfrage gezwungen sind, wurden weitere Entlassungen von Arbeitskräften erforderlich. 1933 erreichte die Zahl der Arbeitslosen in den USA 15,6 Millionen, in Deutschland 6,1 Millionen. Für den Staat wuchsen die Soziallasten bei sinkenden Steuereinnahmen.

In zahlreichen Ländern gerieten Banken in Schwierigkeiten, weil Gelder abgezogen wurden. Ein Fall mit hochpolitischem Hintergrund war der Zusammenbruch der Österreichischen Kreditanstalt im Mai 1931. Diesem Institut, einer Bank des Hauses Rothschild, waren umfangreiche Termingelder von französischen Banken entzogen worden, nachdem die österreichische und die deutsche Regierung den Plan einer Zollunion ihrer beiden Länder bekannt gegeben hatten. Das Vorhaben scheiterte am Widerstand der ehemaligen Kriegsgegner, besonders Frankreichs. Im Juli 1931 kam es zur zeitweiligen Schließung von Börsen und Banken in Deutschland. Nach einem Ansturm auf die englischen Banken, gab England das Prinzip der Golddeckung des Pfundes auf. Dieser Vorgang wiederholte sich in den USA und anderen Ländern. Es kam weltweit zur Einschränkung des freien Zahlungsverkehrs und zur Devisenbewirtschaftung.

Als Reaktion auf die Weltwirtschaftskrise griff in zahlreichen Ländern der Staat ein, eine klassische und wohl unvermeidbare Reaktion. Das staatliche Handeln in der Krise wurde wissenschaftlich neu begründet durch den genialen britischen Ökonomen John Maynard Keynes. Sein Buchtitel „The End of Laissez Faire“ von 1926 war ein Programm, dem später eine ausgefeilte Theorie folgte.

Die Politik des „New Deal“ unter Roosevelt war von Keynes beeinflusst. In Deutschland wurde die Krise zum entscheidenden Faktor für das Scheitern der Weimarer Republik und den Aufstieg der Hitlerbewegung. Die Große Koalition des Reichskanzlers Müller von der SPD mit Zentrumspartei und DDP zerbrach 1930 an einem Streit über die Finanzierung der Arbeitslosenversicherung. Diese

staatliche Versicherung war erst 1928 eingeführt worden und stellte eine große sozialpolitische Leistung der Weimarer Republik dar. Infolge der Krise gab es mehr als dreimal so viele Arbeitslose, als man 1928 als Maximalzahl angenommen hatte. Man konnte sich über die notwendige Beitragserhöhung nicht einigen. Damit entmachteten sich die demokratischen Parteien selbst. Die nächste parlamentarische Mehrheit im Reichstag kam erst 1933 unter Hitler zustande. Der Aufstieg des Demagogen und seiner Bewegung wäre ohne die Wirtschaftskrise nicht möglich gewesen.

Die von den demokratischen Politikern schon vorbereiteten Pläne für staatliche Arbeitsbeschaffung, zum Beispiel durch den Bau von Autobahnen, wurden von der Hitlerregierung übernommen und ausgeweitet. Dazu kam eine Ankurbelung der Rüstungsproduktion. Ein Instrument zu deren Finanzierung waren die sogenannten „Mefo-Wechsel“. Auf eine Briefkastenfirma (Metall-Forschungs-GmbH) wurden Wechsel gezogen, die bei Fälligkeit aus Steuermitteln einzulösen waren. Diese Zusage wurde aber dann auf Weisung Hitlers nicht eingehalten; die Gläubiger erhielten anstelle von Geld nur Schuldverschreibungen des Reiches. Der Präsident der Reichsbank Schacht trat aus Protest zurück. Dieser betrügerische Finanztrick trug zum neuerlichen Wertverlust der deutschen Reichsmark bei.

Trotz der monetären Expansion wurden die Löhne unter der Diktatur niedrig gehalten. Die Gleichschaltung der Gewerkschaften verhinderte jeden Widerstand gegen die sinkenden Reallöhne. Den Deutschen wurde ein Zwangssparen für den Krieg verordnet, das deutsche Volk finanzierte so seine eigene Katastrophe. Nicht nur belastet, sondern verfolgt und vernichtet wurden die Juden samt ihrem Beitrag zur deutschen Kultur und Volkswirtschaft.

Nach dem Krieg ging der Weg für die deutsche Wirtschaft zunächst noch weiter abwärts. Der Hunger in den Städten fing jetzt erst richtig an. Dazu kam das Elend der Vertreibungen im Osten. Industrieanlagen wurden demontiert. Der Plan des amerikanischen Staatssekretärs Morgenthau sah sogar eine Rückführung Deutschlands auf den Status eines reinen Agrarlandes vor. Dieses Konzept war nur für ein paar Wochen aktuell.

Im Zeichen der wachsenden Ost-West-Spannung entwickelten die Großmächte alsbald Interesse am Wiederaufbau des ihnen zugefallenen Besatzungsgebiets. Dabei übernahmen die Amerikaner die Führung. Sie erkannten früh, dass der ungeheure Bedarf des ausgebluteten Europa eine große Chance war, auch für ihren eigenen Export. Aus dem Mangel entwickelte sich ein Markt, der alles aufnahm und von Krise weit entfernt war. Der Begriff „Wirtschaftswunder“ steht für diese lang anhaltende Prosperität.

## **V Vom Ölpreisschock bis zur Wende**

Zu einem Einbruch der Weltkonjunktur kam es in den 70er Jahren durch zwei Ölpreisschocks. Nach dem Angriff Ägyptens auf Israel im sogenannten „Jom-Kippur-Krieg“ 1973 kam es zu Preiserhöhungen und Mengenbegrenzungen für Erdöl durch die arabischen Staaten. Der Ölpreis stieg auf das Vierfache von 1,40 \$ auf über 5,20 \$ für das Fass. Im Vergleich mit dem heutigen Ölpreis sind das geradezu niedliche Zahlen.

In Deutschland kam es zur Empfehlung von Tempo 100 auf Autobahnen und zur Einführung von autofreien Sonntagen. Die Arbeitslosenquote stieg auf 4,7 %, das Sozialprodukt sank 1975 um 1,6 %. Die Inflation kam voran. Die Politik setzte auf Investitionsprogramme, Steuersenkungen und die Ausweitung der Kernenergie. Dagegen erhoben sich die Anti-Atom-Bewegung und die neue Partei der Grünen. Der zweite Ölpreis-Schock folgte 1979 durch den Krieg zwischen Irak und Iran.

Diese Vorgänge wurden damals stärker beachtet als eine andere Veränderung, die auf die Dauer stärkere Konsequenzen nach sich zog und bis in die Gegenwart wirkt: 1971 lösten sich die USA von ihrer 1944 bei der Konferenz von „Bretton Woods“ eingegangenen Verpflichtung, den Zentralbanken der Vertragspartner jederzeit zu einem festen Kurs für ihre Dollars Gold herauszugeben. Dies war nicht mehr möglich, weil die Geldmenge des Dollars sich durch den Vietnamkrieg und andere Ausgaben enorm vergrößert hatte. Mit dem Ende der Bindung des Währungssystems an das Gold entfiel eine wirksame Bremse für die Ausweitung der Kapitalmärkte und der Verschuldung.

Durch den Fall des Eisernen Vorhangs und die „Wende“ 1989 entstand ein riesiger Bedarf an Gütern und Dienstleistungen. Davon profitierte die Wirtschaft im Westen. Allerdings war dieser Boom in Deutschland zu einem Teil durch wachsende Staatsausgaben finanziert, die den Schuldenstand unaufhaltsam nach oben trieben und noch treiben.

Nach dem Ende der Sowjetunion und dem Zusammenbruch des Sozialismus mit seiner Zentralverwaltungswirtschaft schien der westliche Kapitalismus als strahlender Sieger konkurrenzlos dazustehen. Die Europäische Union expandierte kräftig nach Osten. Die USA erschienen als einzige Weltmacht, die freilich ihre Kräfte alsbald überspannt hat, vor allem im Nahen Osten.

## VI

### Die Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2007

Die heute aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise ging von Störungen des amerikanischen Immobilienmarktes aus. Sie hätte auch woanders anfangen können. Denn ihre wirklichen Ursachen liegen in der weltweiten Aufblähung des Geldmantels der Wirtschaft durch ungebremste Kreditschöpfung und Spekulation.

Wie es bisher im einzelnen abgelaufen ist, konnten wir seit eineinhalb Jahren in den Zeitungen lesen: Im Juni 2007 wurden Schwierigkeiten der Bank „Bear Stearns“ in den USA bekannt. Es gab Verluste aus Wertpapieren, die mit Krediten auf Immobilien besichert waren. Der Erwerb von Häusern war von den Banken oft ohne ausreichende Sicherheiten finanziert worden. Bei Störungen des Einkommens durch immer mögliche Wechselfälle des Lebens wurden die Menschen zahlungsunfähig. Kredite mussten abgeschrieben werden, weil die Häuser nur geringen Erlös brachten. Die Häufung von Hausverkäufen ließ die Immobilienpreise sinken.

Die US-Banken hatten ihre Immobilienkredite zu Schuldverschreibungen zusammengefasst, am Kapitalmarkt verkauft und so das Risiko weitergegeben. Bereits im Juli 2007 ergaben sich für zahlreiche Banken Schwierigkeiten aufgrund der Verluste bei diesen Positionen. In Deutschland betraf dies zuerst öffentlich-rechtliche Landesbanken. Im August 2007 stützten die Notenbanken in Europa und den USA den Markt mit 95 Milliarden € und 38 Milliarden \$. Im September kam es zum Sturm der Kunden auf die britische Bank „Northern Rock“; sie wurde vom Staat übernommen. In der Folge wurden bei immer mehr Banken außerordentliche Abschreibungen erforderlich.

Im Februar 2008 legte die US-Regierung ein Konjunkturprogramm von 150 Mrd. \$ auf. Im März ging „Bear Stearns“ nach Verlusten von 200 Mrd. \$ als erste Großbank pleite. Im Mai brauchte die Schweizer „UBS“ 19 Mrd. € neues Kapital. Die „Citigroup“ in den USA schrieb 50 Mrd. \$ ab. Auch die „Deutsche Bank“ und die „Rückversicherungen“ in München und Hannover meldeten hohe Verluste. Die „IKB“ wurde verkauft; den Verlust von 10,7 Mrd. € trägt der Staat.

Im September übernahm der Staat in den USA zwei große Hypothekenbanken, ließ aber die Großbank „Lehmann Brothers“ in Konkurs gehen. Die „American International-Versicherung“ benötigte 85 Mrd. \$ von der Notenbank. Die US-Regierung verkündete ein Rettungspaket von 700 Mrd. \$. „Goldman Sachs“ und „Morgan Stanley“ verloren ihren Status als reine Investmentbanken. Die große Sparkasse „Washington Mutual“ brach zusammen. Der Börsenindex in New York erlitt am 26. 9. den Rekordverlust von 777 Punkten. In Deutschland wurde die „Hypo-Real-Estate“ mit 35 Mrd. € gestützt.

Am 5. Oktober 2008 gab die deutsche Regierung eine Garantieerklärung für alle Spareinlagen ab, ein Versprechen, das im Ernstfall nicht einzuhalten ist. Derweilen drohte in Island schon der Staatsbankrott. Die Krone wertete gegenüber dem Euro um 70% ab. Die Londoner Regierung kaufte in großem Stil Anteile an britischen Banken. Am 9. Oktober folgte ein Börsensturz rund um den Globus. Der deutsche Staat verkündete am 13. 10. ein Rettungspaket von 500 Mrd. € für die Banken. Am 29. 10. verhinderte die EU einen Staatsbankrott in Ungarn.

Im November 2008 hatte die Krise der Finanzmärkte endgültig auch die Gütermärkte erreicht. Dabei stand zunächst das Auto, des Wohlstandsbürgers liebstes Kind, im Mittelpunkt. Die Bestellungen neuer Karossen gingen zurück. Sämtliche Hersteller sahen sich zu einer Drosselung der Produktion gezwungen. Es kam zu verlängerten Werksferien und zur Kündigung von Zeitarbeit. Auch die Industrie der Zulieferer musste kürzer treten. Mitte November drohte die Insolvenz der „Opel-Werke“ infolge der Schiefelage des Mutterkonzerns „General Motors“ in den USA. Es wurde nach Kreditbürgschaften des Staates verlangt, um Massenentlassungen zu vermeiden. Beim Chemie-Riesen „BASF“ wurden weltweit 80 Fabrikationsanlagen vorübergehend stillgelegt. Die Chemie- und die Stahlindustrie sowie der Maschinenbau planen für Anfang bis Mitte 2009 Kurzarbeit.

In den USA reisten im Dezember 2008 die Chefs und Gewerkschaftsführer der drei großen Automobilfirmen „Chrysler“, „Ford“ und „General Motors“ mehrmals von Detroit nach Washington, um im Kongress Staatshilfe zu erbitten, weil sie vor der Pleite stehen. Ein Teil der Abgeordneten war dagegen.

Die Firmen kündigten den massiven Abbau von Kapazitäten an. Die Gewerkschaften boten Verzicht auf Ansprüche der Beschäftigten.

## VII Ausblick

Das massive und nach Lage der Dinge unvermeidliche Eingreifen der Staaten in das Marktgeschehen hat die freie Wirtschaft an ihre Grenzen geführt. Wie schon bei den Bauern im alten Ägypten ergibt sich eine Einschränkung der Spielräume für die Wirtschaftssubjekte. Firmen, die Staatsgeld annehmen, müssen selbstverständlich eine Mitsprache der öffentlichen Hand bei ihren Entscheidungen akzeptieren, alles andere wäre unverantwortlich gegenüber den Steuerzahlern. Das Tragische dabei ist, dass staatliche Funktionäre sich keineswegs besser auf das Wirtschaften, das „Wertschaffen“, verstehen. Das hat der Zusammenbruch des Systems der Zentralverwaltungswirtschaft im Osten gezeigt. Es deutet sich auch an in der Tatsache, dass in Deutschland staatliche und halbstaatliche Bankinstitute angesichts der Krise als erste ins Schleudern geraten sind. Auch die als Riese Goliath unter den Landesbanken in Deutschland geltende „LBBW“ muss mit 5 Milliarden gestützt werden.

Als Ziel der aktuellen staatlichen Hilfen wird angegeben, man müsse das massiv gestörte Vertrauen – das deutsche Wort für Kredit – unter den Banken wieder herzustellen. Das mag als Notoperation unvermeidlich sein, wird aber das Übel nicht dauerhaft kurieren können. Der Staat wird zur Ersatzbank und riskiert, dass am Ende auch sein Kredit als Schuldner erschöpft ist. Wenn der Staat allen helfen will, investiert er falsch und verbrennt das Geld der Steuerzahler.

Das globale Finanzsystem ist durch den Wettbewerb von Menschen, die nicht ihr eigenes Geld riskieren, zum Kartenhaus geworden. Die Zusammenschlüsse von Firmen im Bankensektor zu Großinstituten haben zum Abbau von Verantwortung einzelner Entscheidungsträger beigetragen. Sie wurden ebenso als Erfolge gefeiert wie die Fusionen von Autofirmen, die sich als Fehler herausgestellt haben. Man wollte durch Größe stabiler werden, wurde aber nur anfälliger.

In früheren Zeiten war den Verantwortlichen der Wirtschaft das Risiko viel deutlicher bewusst als heute. Wenn ein mit Waren beladenes Schiff unterging, war das eine klar erkennbare Vernichtung von realem Kapital. In der aktuellen Krise hat es keinerlei Kapitalverlust dieser Art gegeben. Es sind Bewertungen zu korrigieren, weil fiktive Vermögen jenseits der realen Wirtschaft aufgebläht wurden. Wenn das viele Spielgeld verschwindet, besteht vielleicht eine Chance, dass die Wirtschaft wieder Boden findet an den realen Bedürfnissen der Menschen. Dazu sind energische Maßnahmen notwendig, von denen man leider aktuell noch nichts erkennen kann. Am wichtigsten erscheinen drei Punkte:

1. Das Interesse der Banken, Verluste zu vermeiden, muss gestärkt werden. Bankangestellte, die Kredite vergeben, dürften nur insoweit mit Sonderzahlungen belohnt werden, wie sie für Misserfolge persönlich haften.
2. Die Bankaufsicht muss sicherstellen, dass jede Bank einen ausreichenden Puffer an Eigenkapital vorhält. Die Rendite dieses Eigenkapitals darf nicht mehr durch Auslagerung von Risiken außerhalb der Bilanz gesteigert werden.
3. Die Zentralbanken sollten durch die von ihnen geforderten Zinsen und die Einforderung von Mindestreserven wieder stärker auf die Entwicklung der Geldmenge Einfluss nehmen. Es darf nicht mehr lukrativ sein, Kredite aufzunehmen, um sie gleich wieder am Finanzmarkt anzulegen, statt ein reales Projekt zu finanzieren.

Der Einsatz staatlicher Mittel zur Stützung der Nachfrage und zur Vermeidung von großen Pleiten ist in der gegenwärtigen Krisenlage unvermeidlich. Es besteht aber die Gefahr, dass die notwendige Funktion des Abschwungs zur Innovation des Angebots verschlafen wird. Veraltete Strukturen wie der monströse Massenausstoß an Automobilen bei ständig verstopften Straßen werden konserviert. Problematisch ist auch, dass die Nachfragesteuerung durch zusätzliche Haushaltsmittel des Staates zur Steigerung der Staatsquote führt, vor allem aber zu riesigen Haushaltsdefiziten und extremer Staatsverschuldung mit einer Blockierung künftiger Haushalte durch den Schuldendienst. Eine echt antizyklische Finanzpolitik hätte zur Voraussetzung, dass in guten Zeiten Überschüsse erwirtschaftet werden wie beim Getreide im alten Ägypten. Aber das vermeidet der moderne Wohlfahrtsstaat im Blick auf die nächsten Wahltermine. Der Wähler wird als Leistungsempfänger wahrgenommen und weniger als mündiger Bürger.

Am Ende soll alles gut werden durch das ewige Wachstum der Wirtschaft und des Wohlstandes. Aber gerade diese Ideologie des ständigen Wachstums gehört heute auf den Prüfstand. Sie ist schon um 1970 durch die Kassandrarufe des „Club of Rome“ in Frage gestellt worden. Was von diesen Experten gesagt wurde, war vielleicht nicht alles richtig. Aber eine Erkenntnis darf festgehalten werden: Wenn alle ständig mehr wollen, ist die Tragfähigkeit der Erde überfordert. Daher muss auch das Ziel des stetigen und „angemessenen“ Wirtschaftswachstums in Zweifel gezogen werden, was immer man unter „angemessen“ verstehen mag. Die Anwendung des Wortes „Wachstum“ auf die Wirtschaft ist schließlich eine Metapher. Im Bereich ihres ursprünglichen Sprachgebrauchs, in der Natur, sind Tod und Vergänglichkeit stets dabei.

Permanentes Wirtschaftswachstum hilft natürlich der Politik, Verteilungskämpfe in der Gesellschaft erträglicher zu gestalten. Es wirkt wie eine Droge für diejenigen, die in Rückstand geraten. Sie merken es dann nicht so schnell, dass sie schlechter wegkommen als andere, weil auch sie jeweils ein bisschen mehr bekommen. Aber kann das immer so weitergehen? Die Hoffnung auf ein ständiges Wachstum der Wirtschaft ist fragwürdig.

Was immer bleibt und bleiben wird, ist das Auf und Ab der Konjunkturen, das den Weg der Menschheit seit Jahrtausenden begleitet.

In Goethes Gedicht „Grenzen der Menschheit“ aus der Zeit um 1780 heißt es am Schluss:

Uns hebt die Welle,  
Verschlingt die Welle,  
Und wir versinken.  
Ein kleiner Ring  
Begrenzt unser Leben  
Und viele Geschlechter  
Reihen sich dauernd  
An ihres Daseins  
Unendliche Kette.